

**Bericht zum Workshop
„Selbstständigkeit, Unternehmertum und Existenzgründungen im Land Brandenburg“
am 31.08.2012**

Schwerpunkt des folgenden Berichtes ist es, die wesentlichen Punkte der Diskussion im Rahmen des Workshops zusammenzufassen.

Die Veranstaltung war vom Referat Arbeitsmarkt- und Existenzgründungsförderung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Regionale Arbeitsmarktpolitik des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) und vom Referat Existenzgründungen und EAP-Fachaufsicht des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (MWE) fachlich vorbereitet worden. Zu den Teilnehmenden gehörten Vertreter von Hochschulen, von Kammern, der Gründungsberatung, der Förderstellen und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit. Darüber hinaus nahmen auch Mitglieder des Gemeinsamen Begleitausschusses des Landes Brandenburg für die EU-Strukturfonds teil. Herr Kunz von der iq consult gGmbH hatte die Moderation übernommen. Er führte durch das von Vorträgen und der moderierten Diskussion geprägte Programm. Das von den beiden Ministerien erarbeitete [gemeinsame Positionspapier](#) und die daraus abgeleiteten [Leitfragen](#) haben für den ersten Input gesorgt.

Frau Hübner, Abteilungsleiterin im MASF, wies in ihrer Einführung darauf hin, dass die Gründungsförderung in Brandenburg Früchte trägt, der Workshop jedoch insbesondere für Manöverkritik genutzt werden sollte. Es gehe darum, die vorhandenen Konzepte und Strukturen auf ihre Zukunftsfestigkeit zu überprüfen sowie verstärkt Synergieeffekte in den Fokus zu nehmen. Denn tradierte Bilder der Existenzgründungsförderung wichen zunehmend neuen, zukunftsweisenden und flexiblen bzw. hybriden Geschäftsmodellen und Gründungsaktivitäten. Insgesamt komme es auch darauf an, die Handlungsansätze mehr auf die wirtschaftlichen Erfordernisse abzustimmen.

Frau Gehrick vom MASF und Frau Jäger vom MWE präsentierten in ihrem [Vortrag](#) ausgewählte Schwerpunkte des gemeinsamen Positionspapiers.

Herr Prof. Dr. Kritikós vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. zeigte in seinem Vortrag Trends und Entwicklungen bei Gründungen und Selbstständigkeit in Deutschland auf (siehe [Materialien](#)).

In der sich anschließenden Diskussion wurde u.a. die von Prof. Dr. Kritikós vorgetragene Empfehlung, die Themen Existenzgründung, Selbstständigkeit und Unternehmertum durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit künftig noch sichtbarer zu machen, in mehreren Beiträgen aufgegriffen und unterstützt. Um die Bereitschaft für Unternehmensgründungen zu erhöhen, müsse die in Brandenburg vorhandene Angebotsvielfalt zur Gründungsförderung noch stärker als bisher kommuniziert werden. Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Unterstützungsangebote sei es in diesem Zusammenhang allerdings ebenfalls angebracht, über eine erhöhte Transparenz der Angebotslandschaft nachzudenken und diese nach Möglichkeit auch zugänglicher und deutlich unbürokratischer auszugestalten.

Möglichkeiten zur Steigerung der Qualität der verschiedenen Informations-, Beratungs-, Schulungs- und Coachingleistungen wurden im Verlauf der Veranstaltung ebenfalls diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei vor allem die Förderung der Kompetenzen der beratenden Akteure, etwa im Rahmen sogenannter „Train The Trainer“-Programme.

Insbesondere die unterstützende Begleitung von Gründungen, die aus der Arbeitslosigkeit erfolgen, erfordere systematische und spezifische Coaching- und Beratungsleistungen. Analog zu einem diversifizierten Maßnahmenangebot sei außerdem ein breiteres Spektrum an Gründungsberatern notwendig, die auf verschiedene Unternehmensbereiche, wie beispielsweise Marketing, spezialisiert sind. Die Arbeitsteilung, die durch eine derartige Spezialisierung ermöglicht würde, setze allerdings eine bessere Vernetzung der in der Gründungsförderung tätigen Akteure voraus.

In diesem Zusammenhang wurde gleichzeitig allerdings darauf hingewiesen, dass Beratung zwar wichtig sei, aber kein Allzweckmittel darstelle. Gerade Existenzgründer, die zuvor über längere Zeit hinweg arbeitslos waren, benötigten in der Anfangsphase auch materielle Hilfen, um zu einer selbsttragenden Existenz kommen zu können. Pauschalisierte Zuschüsse auch in kleinerer Höhe, etwa zu Sozial- und Lebenshaltungskosten, seien hier von außerordentlich hoher Bedeutung. Dies gelte angesichts der Änderungen beim Gründungszuschuss, die im Zuge der sogenannten Instrumentenreform der Bundesagentur für Arbeit vorgenommen wurden und u.a. die Umwandlung dieses Förderinstruments in eine Ermessensleistung zur Folge hatten, umso mehr.

Auf das Erfordernis, vorhandene Netzwerke häufiger und intensiver zu nutzen, wurde in der Diskussion insbesondere vor dem Hintergrund, dass in der nächsten Förderperiode voraussichtlich weniger Mittel zur Verfügung stehen, ausdrücklich hingewiesen. Als gelungenes Beispiel für die Zusammenarbeit etwa verschiedener Hochschulen mit unterschiedlichen Schwerpunkten wurde u.a. die Durchführung gemeinsamer Seminarveranstaltungen zum Themenbereich Vertrieb angeführt. Mehrfach wurde aber darauf hingewiesen, dass bestehende Netzwerke insgesamt noch zu selten genutzt würden. So sei es leider noch zu selten, dass Unternehmensvertreter in Lehrveranstaltungen der Hochschulen über ihre Erfahrungen berichten. In anderen Bereichen, insbesondere bei der Bereitstellung von Praktikumsplätzen, funktioniere die kooperative Vernetzung mit den Unternehmen hingegen gut. Für ein regeres Gründungsgeschehen im Land sei darüber hinaus auch eine bessere Vernetzung der Regionen sowie eine regere Zusammenarbeit zwischen Kammern und Hochschulen wünschenswert. Zwar seien die Kammern heute beispielsweise häufiger auf den Existenzgründungsmessen der Hochschulen vertreten; allerdings bestünden hier mitunter noch Vorbehalte.

Von mehreren Diskussionsteilnehmern wurde des Weiteren betont, dass Bemühungen für mehr Gründungsmotivation bereits in den Schulen ansetzen sollten. Insbesondere gelte es, den Gedanken des Unternehmertums stärker als bisher zum Unterrichtsgegenstand zu machen und der Schülerschaft ein realistisches Unternehmerbild zu vermitteln. Eine wichtige Methode hierfür bestünde darin, bereits während der Schulzeit die Möglichkeit einzuräumen, praktische Erfahrungen zu sammeln. Die Gründung von Schülerfirmen beispielsweise sei ein erfolgreicher Ansatz, der noch stärker verbreitet werden sollte. Auch Lernwerkstätten und Schülerwettbewerbe bildeten ausgezeichnete Möglichkeiten, um jungen Menschen die Themen Existenzgründung und Unternehmertum spielerisch nahezubringen. Da derartige Schulprojekte nachhaltig wirkten, nur wenig Geld erforderten und darüber hinaus die Chance böten, Schulen und Unternehmen zusammenzuführen und stärker zu vernetzen, sollten die Schulen sich gegenüber solchen Projekten weiter öffnen und das Thema Existenzgründung allgemein stärker mit dem Bereich der Berufsorientierung verknüpfen.

Im Zusammenhang mit einer stärkeren Einbindung der Schulen sei es zudem notwendig, über einen Ausbau der ökonomischen Bildung und die stärkere Verankerung wirtschaftlicher Themen in den Curricula grundlegende Voraussetzungen für späteres unternehmerisches Handeln zu schaffen. Zu diesem Zwecke müsse auch das Bildungsministerium künftig stärker in die Diskussion zur Gründungsförderung miteinbezogen werden. Mit Blick auf bereits vorhandene Ansätze, wie etwa dem Schulfach W-A-T (Wirtschaft, Arbeit, Technik), wurde in diesem Zusammenhang auch die Qualität der Ausbildung angesprochen, die es zu optimieren gelte. Lehrer müssten noch stärker als bisher für das Thema Wirtschaft motiviert, interessiert und qualifiziert werden.

Da 2014-2020 voraussichtlich deutlich weniger Strukturfondsmittel zur Verfügung stehen, gelte es insgesamt aber vor allem, zu überlegen, was mit der Gründungsförderung grundsätzlich erreicht werden soll. Die Frage sei hier in erster Linie, was man arbeitspolitisch zur Stärkung der Wirtschaftsstrukturen in den Bereichen Kreativität und Innovation erreichen könne. Das Thema innovative und technologieorientierte Gründungen stand dann auch im Fokus gleich mehrerer Diskussionsbeiträge. Konstatiert wurde zum einen, dass die Rahmenbedingungen für innovative Gründungen durch die hiesige Hochschullandschaft und hervorragende Forschungs- und Technologiekompetenzen äußerst gut seien. Das damit verbundene Innovations- und Gründungspotenzial werde allerdings nicht hinreichend ausgeschöpft, wie die relativ geringe Zahl an Neugründungen, die mit einer innovativen Idee starten, zeige. Als ein Grund hierfür wurde die Abwanderung junger Menschen, die in Brandenburg ihre (Hoch-)Schulbildung absolviert haben und mitunter über innovative Gründungsideen verfügen, genannt. Zu fragen sei daher, wie man solche „High Potentials“ im Land halten und auch in den eher peripheren Regionen Brandenburgs verankern könne. Insbesondere gelte es, Studierenden, die aus anderen (Bundes-)Ländern nach Brandenburg gekommen sind, die im Land liegenden Zukunftschancen aufzuzeigen. Als Möglichkeiten zur Innovationsförderung wurde im Verlauf der Veranstaltung des Weiteren u.a. die Förderung und Einrichtung von Co-Working-Spaces und Inkubatoren für Forschungs- und Entwicklungsgründungen diskutiert.

Von einigen Diskussionsteilnehmern wurde gleichzeitig daraufhin hingewiesen, dass mit Förderprogrammen wie beispielsweise „Gründung innovativ“ bereits höchst attraktive Anreizstrukturen für Innovationsgründungen im Land vorhanden seien. Hier gelte es zum einen wiederum, die Angebote besser zu kommunizieren, und zum anderen, den ESF stärker mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu verzahnen. Ein Diskutant sprach sich in diesem Zusammenhang auch für eine bessere Verzahnung des Sozialfonds mit dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) aus, da man nicht Gefahr laufen dürfe, über eine Fokussierung auf Gründungen im High-Tech-Sektor das Gründungspotenzial in den ländlichen Regionen zu vernachlässigen. Auch von anderen Diskussionsteilnehmern wurde hervorgehoben, dass innovative Gründungsideen nicht nur in hochtechnologisierten Wirtschaftszweigen eine Rolle spielen, sondern auch in anderen Bereichen, wie etwa dem Handwerk.

Schließlich wurde in mehreren Beiträgen betont, dass nicht nur Neugründungen, sondern auch Unternehmensnachfolgen eine Form der Existenzgründung darstellen und für die Generierung und Sicherstellung von Beschäftigung von zentraler Bedeutung seien. Hier bestünde dringender Handlungsbedarf, da in rund 15.000 inhabergeführten Unternehmen bis 2013 die Nachfolgefrage anstehe. Angemerkt wurde in diesem Zusammenhang allerdings auch, dass das Problem zwar bekannt sei, in Brandenburg aber eben nur ein sehr begrenzter Pool an Fachkräften im arbeitsfähigen Alter zur Verfügung stünde. Hinzu komme, dass die Vermittlungsbemühungen der Bundesagentur für Arbeit den Bestrebungen zur Nachfolgesicherung vor Ort oftmals gewissermaßen entgegenlaufen, wenn es um die Vermittlung gerade höher qualifizierter Arbeitsloser ginge. Diese erhielten zum einen i.d.R. keine Zuschüsse für Existenzgründungen und würden zum anderen vielfach über die Landesgrenzen hinweg vermittelt.

Im Anschluss an die Diskussion zog Frau Klingmüller, Referatsleiterin im MASF, ein kurzes Resümee der Diskussion und stellte dabei u.a. fest, dass zur aktuellen Förderperiode nur wenige Aussagen getroffen wurden, was sie als Indiz für die grundsätzliche Zustimmung der Teilnehmenden zum derzeitigen Förderangebot wertete. Die Diskussionsbeiträge fließen in die Überlegungen zur Gestaltung des Operationellen Programms für die Förderperiode ab 2014 ein, wenn sie mit den Zielen des ESF – die Beschäftigungschancen zu verbessern, Menschen durch Ausbildung und Qualifizierung zu unterstützen und zum Abbau von Benachteiligungen beizutragen – und den EU-Verordnungen vereinbar sind.